

ZS 7958-7

ZEUGNISREGISTER

Name: Thadden, Adolf v.NPD-BuVorsitzend.	ZS Nr. 1958	Bd I	Vermerk:
katalogisiert Seite: 13 Sachkatalog: Parteien II - NPD	Personen: Thadden, Adolf v.NPD-BuVorsitzender		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4946/69	Best. 25 1958
Rep.	Kat. Tr.

11. Sept. 1968  
25-1958-2

Dieses Interview ist aus dem Haus der Stadt Hannover, dem Hauptquartier der Nationaldemokratischen Partei. Herr von Thadden, <sup>Vorsitzender</sup> Leader der Nationaldemokratischen Partei, ist mit mir im Zimmer und wird einige Fragen beantworten.

Herr von Thadden, welcher Staat oder welche Staaten betrachten Sie als geeignet für einen Vertrag mit Deutschland verträglich.

v. Thadden: Verträglich mit Deutschland betrachte ich jeden Staat, mit dem wir einen Vertrag schließen müßten. Primär sollte in der heutigen Situation der Versuch gemacht werden mit Frankreich zu einer vertraglichen Regelung einer immer totaler werdenden politischen, ökonomischen und militärischen Zusammenarbeit zu kommen, denn die Bundesrepublik und Frankreich sind heute die entscheidenden Staaten in Westeuropa, aus denen heraus jene Macht gebildet werden könnte, die notwendig ist, um eines Tages mit dem Ostblock, d.h. primär mit der Sowjetunion, zu einer vertraglichen Lösung zu kommen, die den heutigen vertragslosen Zustand von 1945 ablösen kann.

Ja danke schön. Glauben Sie, Herr von Thadden, daß die gegenwärtige deutsche Bundesrepublik zu den Weltmächten gehört und in welcher Rangordnung würden Sie die deutsche Bundespolitik stellen?

v. Thadden: Ich glaube, wir sollten uns nicht überschätzen. Wir sind zwar heute nach den USA in der Rangliste der Industrie-Exportnationen an der zweiten Stelle. Japan ist bemüht, uns diesen zweiten Platz streitig zu machen. Eine Weltmacht sind wir trotz unserer wirtschaftlichen Stärke nicht, wir wären auch mit Frankreich zusammen keine Weltmacht ersten Ranges. Als solche möchte ich heute nur noch die USA, die Sowjetunion und China bezeichnen. Aber ein Europa mit der Bundesrepublik und Frankreich als Kristallisations- und Mittelpunkt wäre sehr wohl in der Lage, eine, wenn auch nicht erst-rangige, aber doch sehr wesentliche Rolle in der Weltpolitik zu spielen, weil es ja der Nachbar der Sowjetunion bliebe,

zwar ein unterlegener Nachbar, aber doch stark genug, um seine Position neben der Sowjetunion zu behaupten.

Herr von Thadden, glauben Sie es besteht eine wirkliche Möglichkeit, die <sup>VSSR</sup> zu zwingen, von ihrer gegenwärtigen Position in Europa sich zurückzuziehen?

Von Thadden: Ja die sogenannten sozialistischen Bruderparteien haben in ihrem Brief an die Prager Genossen aus Warschau vom 14. Juli 1968 nicht nur die Tschechen daran erinnert, was sie zu tun hätten, sondern sie haben auch in diesem Brief den Satz drin "sie seien nicht bereit, die Grenzen des Sozialismus an Eibe und Böhmerwald jemals aufzugeben". Wenn das definitiv wäre, dann allerdings sollten wir in Deutschland damit aufhören, von einer Wiedervereinigung zu reden und auf eine Wiedervereinigung zu hoffen. Aber vieles, was in der Politik endgültig erschien, war am Ende doch nicht endgültig. Wenn man einem Tschechen 1912 gesagt haben würde, daß 7 Jahre später das österreichische Kaiserhaus zusammengebrochen sein würde, und die Tschechoslowakei entstanden sei, würde er das nicht geglaubt haben; er würde gesagt haben, das ist Unsinn. Ein Pole, dem Sie 1912 in Posen das gesagt hätten, würde Sie auch für verrückt erklärt haben. Umgekehrt, ein Deutscher, der 1938 in Wien jubelte, wenn Sie dem gesagt hätten, 7 Jahre später wäre alles in Trümmern zu Ende, hätte es auch nicht geglaubt. Und niemand kann deshalb voraussagen, in welcher Lage sich 1975 die Sowjetunion befindet, ob nicht dann eine Möglichkeit besteht, sie zu einem Kompromiß zu veranlassen, zu Gunsten einer europäischen Friedensregelung, die nicht mehr gestört ist, durch den Störungsfaktor deutsche Teilung. Ich möchte die Dinge so zusammenfassen: Man kann entweder eine Politik betreiben, mit dem Ziel, die Sowjetunion mit militärischen Machtmitteln zurückzudrängen, das ist die Politik von Foster Dulles, wahl <sup>"Roll Back"</sup> "Roll Back" und <sup>brinkmanship</sup> "...?..." gewesen, diese Politik ist nicht nur gescheitert, seinerseits, sie ist auch von Kennedy und seinem Nachfolger begraben worden, ohne die USA wäre es etwas derartiges vollkommen unmöglich; bleibt mithin nur noch die Frage, ob nicht auf friedlichem Wege ein Ausgleich möglich ist.

Unter dem Licht der Prager Ereignisse wird man sagen, ein solcher Ausgleich sei undenkbar. Ich bin der Auffassung, der Ausgleich ist zu schaffen, wenn man stark genug ist, eines Tages eine eigene Position gegenüber der Sowjetunion überhaupt wahrnehmen zu können. Dazu allerdings fehlt heute alles. Innenpolitisch geht die Zersetzung durch den Kommunismus rapide voran und machtpolitisch hat man im Vertrauen auf die USA, ich möchte sagen, seit 1961/62 in Europa alles unterlassen, was man hätte tun müssen, um eine eigenständige Kraft hier ~~zu~~ <sup>zu</sup> entstehen/lassen. Glauben Sie, Herr von Thadden, daß in der DDR, der Deutschen Demokratischen Republik, Leute sind, die denken wie Sie und wie Ihre Partei denkt?

Von Thadden: Ja. Es gibt sehr sehr viele Menschen in der DDR die so denken wie wir und die auf uns, weil wir diese Politik vertreten, die ich eben hier kurz skizziert habe, erhebliche Hoffnungen setzen, weil sie der Überzeugung sind, daß <sup>das</sup> <sup>ist</sup> die einzige Möglichkeit. Wir bekommen immer wieder Bestätigungen durch Besucher, die hier her kommen, wir bekommen Bestätigungen durch Briefe, die hier her kommen, die zu einem großen Teil anonym sind, weil die Leute es nicht wagen, ihren Namen anzugeben, aber die doch eine Bestätigung für das sind, was ich eben gesagt habe.

Ja. Sie haben da schon angedeutet, die Mittel, bei welchen Sie diese Informationen bekommen können. Sie glauben, oder Sie sind der Ansicht, daß da wirklich diese Ansichten bestehen?

Von Thadden: Ja, absolut.

Eine Frage bezüglich Österreich. Es ist vielleicht schwierig in Hinsicht auf das internationale Paktet. Aber wie groß ist Ihrer Meinung der Wunsch in Österreich, sich wieder mit Deutschland zu vereinigen?

Von Thadden: Ich glaube, daß in der Älteren Generation der Wunsch, einmal mit allen Deutschen in einem Staat leben zu können, immer noch vorhanden ist. Aber daneben steht die Ratio, daß die Freiheit, die man 1955 bekommen hat, eben mit einem Staatsvertrag erkaufte wurde, der Österreich ja zwingt, derartige Pläne nicht mehr zu haben und in der jüngeren Generation, die ja in Westeuropa Gen-

zen nicht mehr als das sieht, was sie früher waren, ist in der Tat die Auffassung, man ist zwar deutsch, man ist Deutscher, aber man lebt in dem Österreichischen Staat und will den auch behalten. Und durch die vielfältigen wirtschaftlichen Verbindungen, die ja immer enger geworden sind in den letzten Jahren, trotz aller Schwierigkeiten, die aus der EWG bestehen, zu der Österreich ja irgendwie assoziiert sein möchte, ist doch eigentlich das Gefühl, man gehört letztlich doch zusammen, nach wie vor vorhanden und ich glaube, mehr ist im Augenblick nicht zu erreichen. Mehr ist auch nicht wünschbar.

Herr von Thadden, ich möchte vielleicht einige Fragen bezüglich der inneren Angelegenheiten Deutschlands, der Bundesrepublik, stellen. Mit welcher politischen Partei würde Ihre Partei in eine Koalition gehen und wenn eine solche Möglichkeit bestünde, mit welcher Partei würden Sie es vorziehen?

Von Thadden: Ja. Diese Frage beantworte ich niemals und zwar deshalb nicht, weil ich sie nicht zu beantworten brauche, weil alle drei Bundestagsparteien unisono erklären, daß sie es grundsätzlich ablehnen, mit der NPD zusammenzuarbeiten. Wenn die Drei das grundsätzlich ablehnen, kann ich mir natürlich die Mühe sparen, mir zu überlegen, mit wem ich dann wohl würde. Im Übrigen, kein Mensch weiß, wie das Wahlergebnis des nächsten Jahres sein wird, welche Verschiebungen sich in den Bundestagsparteien ergeben werden. Wenn die NPD, sagen wir mal mit 10%, also 50 Mandaten im Bundestag ist, alles das ist unübersichtlich und ich möchte mir meine Freiheit des Handelns nicht irgendwie einschränken, indem ich irgendwelche Sympathien zu einem Zeitpunkt bekunde, wo gekußerte Sympathien meinerseits unter Umständen sympathische Handlungen morgen blockieren könnten.

Einige Leute glauben, daß die gegenwärtigen politischen Parteien im Bundestag etwas überaltet sind. Ist Ihre Partei in der Position, jüngere Männer des Bundestages zu stellen?

Von Thadden: Unsere Partei hat das jüngste Durchschnittsalter aller Parteien, es beträgt 41,2 Jahre. Ob nun daraus folgend unsere Abgeordneten im nächsten Bundestag auch entsprechend jung

sind, das kann man noch nicht voraussagen. Die anderen Parteien leiden auch nicht darunter, daß sie zu wenig jüngere, lebensaltersmäßig jüngere Abgeordnete haben, es gibt in der FDP, in der CDU, auch in der SPD sehr viele Abgeordnete, die von Lebensalter her durchaus der jüngeren Generation angehören. Die Politik die die<sup>aber</sup> Parteien vertreten ist unabhängig von der Altersstruktur, -einfach alt und überholt, in alten Kategorien und Formen einfach festgefahren und es gibt eine nicht unerhebliche Rebellion jüngerer Abgeordneter der drei Bundestagsparteien gegen das Establishment ihrer eigenen Parteien, das zu einem Teil auch gar nicht mal aus alten Leuten gebildet ist, sondern auch aus jüngeren Leuten; Barzel ist Mitte 40, Helmut Schmidt ist glaube ich 47, also das sind keine alten Männer, Herr Scheel ist auch nicht Alt; sie sind nicht alt, aber sie vertreten eine Alte Politik, und in dieser Beziehung glaube ich, daß ein Einzug der NPD in den Bundestag den jüngeren Kräften in den anderen Parteien einen ganz erheblichen Auftrieb geben wird.

Nützt Ihre Partei die Meinungsforschungsinstitute, wie man sie es in den Vereinigten Staaten macht?

Von Thadden: Ja, wir sind da in einer sehr glücklichen Lage. Wir sind nicht reich genug, um uns selbst Umfragen zu bestellen. Sie sind sehr teuer, eine gute Umfrage ist unter 20.000 DM nicht zu haben. Aber wir haben überall Freunde und wenn die Regierungen Umfragen machen, z.B. darüber, wie denkt man über die NPD, was ist an der NPD attraktiv, was ist an der NPD nicht attraktiv, dann bekommen wir diese Ergebnisse nach einigen Wochen immer in die Hand und danach orientieren wir uns. Und ich kann nur sagen, daß die Meinungsumfragen, die unsere Gegner gegen uns durchgeführt haben, uns eine Fülle von unendlich vorzüglichem Material in die Hand gegeben haben, anhand dessen wir dann auch unsere Propaganda, wie das Beispiel zeigt, offenbar richtig angelegt haben. Also der Wert solcher Umfragen ist ganz <sup>ausser</sup> ohne Zweifel, sie selbst zu bezahlen hatten wir dankenswerter Weise noch nicht nötig.

Herr von Thadden, ist die Mehrzahl Ihrer Parteiarbeiter bezahlt, oder von der Partei bezahlt, oder - Zwischenruf von Thadden: ehrenamtlich! -

Von Thadden: Ehrenamtlich. Die Zahl der hauptamtlichen Leute in der Partei ist gering. Hier in der Parteizentrale sind es 5 Leute, die hauptamtlich tätig sind. In den großen Landesverbänden gibt es hauptamtliche Geschäftsführer. Die Vorsitzenden der Landesverbände machen es alle ehrenamtlich, neben ihrem Beruf. Die Kreisvorsitzenden sind sämtlich ehrenamtlich. Darin liegt nicht zuletzt unsere Stärke, daß wir nicht auf hauptamtliche Parteifunktionäre uns stützen, sondern eben auf Idealisten, unsere Organisation aufgebaut haben und das hat mit unsere Erfolge in den letzten Jahren gebracht.

Herr von Thadden, wenn Ihre Partei in den Bundestag einziehen wird, würden Sie in erster Linie Leute Ihrer Partei brauchen, die gegenwärtig in den Landesvorständen sind? Was ich meine, hier ist, haben Sie ein genügendes Reservoir von Leuten, die fähig sind, hier ihre Aufgaben auszufüllen?

Von Thadden: Das ist unser großes Problem, und speaking frankly meine Hauptsorge im Augenblick ist es, zu verhindern, daß aus den Landtagen, wo wir ja nun 60 Abgeordnete haben, ein großer Teil in den Bundestag will oder geht und die Folge dann wäre, daß die nachrückenden Leute in den Landtagen eine erhebliche Verschlechterung unserer politischen Qualität in den Landtagen mit sich bringen würde. Und deswegen bin ich zusammen mit den 10 Landesvorsitzenden der Partei im Augenblick primär damit beschäftigt, die qualifizierten Leute zu suchen, die in den Komitees des Bundestages in der Lage sind, qualifiziert an den einzelnen Sachfragen mitzuarbeiten. Das heißt, die Suche nach den politischen Fachleuten ist im Augenblick Thema 1 für mich, und die NPD befindet sich insofern in einer ebenso kuriosen wie einmaligen Situation. Sie hat eine gut funktionierende Organisation, sie hat eine effektive Propaganda, weil die anderen soviel Fehler machen, daß man von den Fehlern bereits absolut leben kann. Schließlich haben wir auch keine Geldsorgen, denn die Kosten der Bundestagswahl werden zu einem entscheidenden Teil nachher erstattet. Das gibt es sonst nicht, das gibt es bloß in der Bundesrepublik, ~~kurioses~~<sup>dieses</sup> System, daß wir nicht einmal Geldsorgen haben und unseren Apparat, den können wir auch von unseren Beiträgen, zwar schlecht, aber immerhin

laufen lassen und aufrecht erhalten, sodaß also diese Partei propagandistische Chancen hat, eine Organisation die gut ist, keine Geldsorgen hat, nur Personalsorgen.

Würde es möglich sein, oder würden Sie denken, wenn Sie eine Regierung stellen würden, würden Sie dann einige Leute in Ministerialposten haben, die vielleicht nicht einmal Mitglieder Ihrer Partei sind, als Sachverständige zum Beispiel in gewissen Ressorts?

Von Thadden: Ja, das ist eine Frage, die ich mir bisher noch nicht gestellt habe, denn ich sagte Ihnen ja vorhin schon, zunächst will keiner mit uns zusammen arbeiten, aber daß wir bereit sein würden, Leute auch in Ministerpositionen zu bringen, von denen wir wissen, daß sie fachlich die richtigen Leute sind, das kann ich doch bejahen. Da würden wir keine Partei-skrupel haben.

Im Falle Ihre Partei die Regierung wird bilden, welche Bundesministerien würden Sie vielleicht zuerst <sup>be</sup> ~~aus~~setzen, ich meine neue Bundesministerien?

Von Thadden: Nun im Falle einer Koalition und um eine solche würde es sich ja zunächst handeln, ist man natürlich immerbestrebt, die wichtigsten Ressorts zu bekommen und die wichtigsten Ressorts sind natürlich das Außenministerium, das Innenministerium und das Finanzministerium. Was davon für uns erreichbar wäre, das ist eine Frage, die man heute nicht beantworten kann. Nur bei uns wäre das natürliche Bestreben einen möglichst hohen Einfluß zu erlangen und da sind eben die sogenannten klassischen Ressorts in den Regierungen natürlich das was man erstrebt.

In den Tagen der Weimarer Republik hat die Frage der Flagge unter den Parteien doch soviel Streitigkeiten entfacht. Ist in Ihrer Partei gegenwärtig wenigstens die Frage einer Flagge Schwarz/Weiß/Rot oder Schwarz/Rot/Gold aktuell?

Von Thadden: Wir haben von der Begründung der Partei an dafür gesorgt, daß dieser Streit, der früher in den Rechtsgruppen immer eine große Rolle spielte, gar nicht erst hochkommen konnte und wir sind davon ausgegangen, es ist nun mal die Flagge der

Bundesrepublik Schwarz/Rot/Gold <sup>ist</sup> und Schwarz/Rot/Gold hat eine alte und auch gute Tradition aus dem vorigen Jahrhundert, beginnend mit den Burschenschaften, in den Freiheitskriegen war Schwarz/Rot/Gold eine Flagge der Freikorps und diese Streiterei spielt heute in der NPD keine Rolle, was nicht ausschließt, daß es natürlich eine Reihe Älterer Mitglieder gibt, die lieber Schwarz/Weiß/Rot hätten, aber das wird gedacht, das ist kein Gegenstand der artikulierten Politik.

Könnten Sie Ihre Meinung darüber abgeben, über eine mögliche Änderung der Bundeskonstitution. Angenommen, daß Ihre Partei genügend Stärke im Bundestag hat, um die Verfassung legal zu ändern, ist es Ihre Absicht, die anderen Parteien abzuschaffen? 4Zwischenruf von Thadden: Nein! - und eine Einheitspartei zu stellen?

Von Thadden: Wir sind durchaus Vertreter einer parlamentarischen Demokratie und eine Zweidrittelmehrheit, die bekommt keine Partei in der Bundesrepublik und die einfache Mehrheit würde übrigens zum Regieren völlig ausreichen. Ob es noch einmal einen Fall gibt, daß eine Partei wie die CDU 1957 die absolute Mehrheit bekommt, möchte ich bezweifeln. Das Entscheidende ist aber, daß bestimmte Artikel unserer Verfassung, nämlich die ersten 25 Artikel, für Jedermann sakrosankt sind und nicht geändert werden können. Und auch wir könnten einen derartigen Gedanken gar nicht haben, was nicht ändert, daß einige Bestimmungen unserer Finanzverfassung soweit sie im Grundgesetz drinstehen, dringend geändert werden müssen. Aber mit dieser Meinung stehen wir nicht allein, diese Auffassung wird in den anderen Parteien auch geteilt, aber sie können sich nicht aufraffen, das von Ihnen auch als notwendig Erkannte zu tun. Es müßte dringend die Neugliederung des Bundesgebietes erfolgen, d.h. einige Länder sind überflüssig bei uns und könnten zusammengelegt werden. Aber, das sind wie gesagt, Verfassungsänderungen in der Struktur, nicht aber in der Frage des Grundprinzips.

Herr von Thadden, jede Partei sucht natürlich ein neues Reservoir von Wählern, und da ist auf den Univ ersitäten eine ziemliche Anzahl dieser sogenannten <sup>angry</sup> young man. Viele dieser Leute sind links natürlich, aber viele, viele sind sehr idealistisch und suchen vielleicht für eine neue Ordnung, für eine neue Zukunft .

Hat Ihre Partei eine Absicht oder einen <sup>Plan</sup> sich an diese jungen Leute, die gegenwärtig scheinbar herumschwimmen, sich diese Leute heranzuziehen, als mögliche Wähler?

Von Thadden: Jede Partei ist bestrebt, an die Jugend heranzukommen und der Prozentsatz jugendlicher Mitglieder ist in unserer Partei besonders hoch. 32 % unserer Mitgliedschaft ist unter 35 Jahre alt. Das ist ein sehr hoher Prozentsatz, der nicht zuletzt unsere Schlagkraft in den letzten Monaten ausgemacht hat, diese große Zahl junger Leute. Was nun diese angry young man an den Universitäten anbetrifft, da gibt es zweierlei Durcheinander. Auf der einen Seite sind sie böse über die Verhältnisse die an den Universitäten sind, d.h. die *efficiency* leidet unter den Umständen, die in einem großen Umfang von Geld abhängig sind, daß viel zu wenig Geld für den Ausbau unserer Universitäten zur Verfügung stand. Das ist aber das eine nur und das ist das mehr technische. Das andere ist, daß natürlich ein zunehmender Ärger über Parteien entsteht, die erklären, sie wüßten allein genau was richtig sei und sie allein fänden den richtigen Weg und die Praxis sieht so aus, daß entscheidende Fragen immer vor uns hergeschoben worden sind und insbesondere in Fragen der Deutschlandpolitik überhaupt nichts zustande gekommen ist und dort liegt natürlich auch der Zorn begründet und mit Recht. Nun ist die Frage, sind diese Leute alle links und da möchte ich Ihnen zustimmen, eine große Aktivitas ist links, aber der größere Teil ist irgendwie ratlos, und möchte das Streben nach beruflichem Vorankommen, nach Lernen, möglichst viel lernen für einen späteren Beruf, eben ~~immerhin~~ auch mit einem, ich möchte sagen, nationalpolitischen Zweck verbunden sehen. Man ist ~~sehr~~ einsam in der Gesellschaft, man hat keine innere Beziehung zur Gesellschaft und zum Staat und da versuchen wir natürlich den Hebel anzusetzen, indem wir sagen, der Staat ist immer so gut wie das was an Vertrauen der Bürger insgesamt vorhanden ist. Und da fehlt heute! Aus den <sup>negativen</sup> Erfahrungen der letzten 20 Jahre.

Ihre Partei ist im Ausland und in der Presse des Auslandes so offen als Neonazi und Neofaschist bezeichnet worden. Können Sie zu dem etwas sagen?

Von Thadden: Ja! Zunächst mal, wenn wir eine Neonazi-Partei wären, dann würde das bedeuten, daß wir die Politik der NSDAP und die Erscheinungsformen der NSDAP wiederholen wollten. Das wollen wir nicht! Die NSDAP war eine in sich autoritäre Partei mit einem Führer dessen Wort das einzige Gesetz war. Wir sind eine demokratische Partei, wo der Vorstand gewählt wird und jederzeit abgewählt werden kann. Die NSDAP wollte die Demokratie beseitigen, hat das auch immer ganz offen erklärt, daß sie das wollte. Wir wollen die Demokratie erhalten, gegenüber dem Kommunismus absichern, wir wollen innerhalb eines demokratischen Staates eine demokratische Partei sein. Insofern sind wir also keine Neonazis, können es nicht sein. Das ist das Eine, Das Andere ist, daß natürlich heute irgendwie jeder eingeordnet werden muß. Und wenn er nicht Kommunist ist, das sind wir nicht, und zu den drei Anderen nicht gehört, irgendwie muß er klassifiziert werden, dann wird er eben als Nazi klassifiziert, bzw. als Neonazi, und dann nimmt man als Hebel, wenn man über meine Person an die Sache nicht ran kommt, <sup>dann</sup> eben die Zusammensetzung von Vorständen usw. Und da wirkt allerdings etwas nach, Die Tatsache, daß bei der Gründung der NPD von 18 Vorstandmitgliedern tatsächlich 12 früher der NSDAP angehörten. Das ist wohl der Anlaß, Heute sind es 10 von 30 und-es-ist, aber trotzdem wird dies immer wieder als Hebel genommen, uns als Neonazis zu bezeichnen, obwohl das also alles schon wie gesagt vom Altersquerschnitt her absurd ist. Diese Propaganda wird aber gegen uns betrieben, nicht nur weil man glaubt in Kanada oder USA der NPD zu schaden, wenn man über die NPD schimpft, das Geschimpfe über die NPD hat sehr häufig nur den Zweck, die Bundesrepublik insgesamt zu treffen. Zu welch kuriosen Dingen das führt, habe ich erlebt im vorigen Jahr, <sup>als</sup> wie diese Einladung nach Kanada an mich kam und <sup>sich</sup> dann plötzlich ~~ich~~ eingeladen wurde von der Universität in Vancouver mit einem Telegramm, und dann kam einige Tage später ein neues Telegramm "nachdem wir festgestellt haben, daß Sie dieselbe friedensfeindliche Politik vertreten, wie die Bundesregierung, sind wir nicht in der Lage,

Ihnen eine Plattform für die Vertretung solcher humanitätsfeindlichen Ziele zu geben." Das ganze stellte sich dann später raus, geschah unter dem Einfluß einer Handelsdelegation der DDR in Vancouver und die haben den Studenten in Vancouver das eingeblasen und entsprechend die Reaktion. Der typische Hinweis, eben dieselbe böse Politik wie die Bundesregierung. Es wird eben alles in einen Topf geworfen. Im übrigen gab es Neonazi-Kampagnen und Hetzen schon zu einer Zeit, als es noch gar keine NPD gab. Aber Propaganda gegen Deutschland, die gab's immer. Unter dem Kaiser, in der Weimarer Zeit, in der Hitler-Zeit, in der Adenauer-Zeit und jetzt wieder. Das Objekt Deutschland ist immer dasselbe, der Vorwand, der wechselt allerdings.

Herr von Thadden, glauben Sie, daß der Eintritt Großbritanniens in den *Common Market* wünschenswert ist?

Von Thadden: Aus politischen Gründen wäre es sicher gut, wenn England eines Tages Teil eines gemeinsamen europäischen Marktes wäre. Die Entscheidung aber darüber, ob das so sein soll oder nicht, müssen die Engländer selbst treffen. Und das hängt davon ab, was sie sein wollen, ob sie ein gleichberechtigter Teil Europas, ohne Sonderrechte in Europa sein wollen, und dann auch soviel arbeiten müßten, wie es wir Kontinentaleuropäer uns angewöhnt haben, oder ob sie ein Teil einer sogenannten atlantischen Sonderkonstruktion sein wollen, d.h. ein amerikanischer Flugzeugträger vor der Küste Europas. Wenn sie das sein wollen, haben sie bei uns nichts zu suchen, wenn sie ein echter Teil Europas werden wollen, wäre das gut. Aber, wenn de Gaulle sein Veto gegen Großbritannien ausgesprochen hat, und aufrecht erhält, nicht wegen der ökonomischen Dinge, die lassen sich regeln, auch die Frage der Präferenzen des Commonwealth usw. das läßt sich bei vernünftiger Überlegung sicherlich lösen, entscheidend ist das Politische, nämlich die Frage, ob England eben einen Teil des US-Bereiches sein will oder nicht, und Na bin ich der Auffassung, je mehr man den Engländern zusetzt, so wie es Herr Brandt tut, desto schwieriger wird die Situation und desto mehr wird hinausgeschoben, die letztlich englische Entscheidung. Und das was England eben auch tun muß, ist Abschied nehmen endgültig vom

Weltreich. Das Weltreich ist verspielt, ist untergegangen in 2 Kriegen, genauso wie das deutsche Reich untergegangen ist, ist die englische Empire genauso weg und es ist eben eine Insel geworden, vor der europäischen Küste, und sollte jetzt sich endlich anschicken, diese Rolle zu spielen. Das ist das, was ich dazu sagen möchte.

Herr von Thadden, der deutsche Außenminister, Herr Brandt, ich glaube, ich habe in den letzten Tagen angedeutet, daß Ihre Partei den Einmarsch der russischen Truppen in die Tschechoslowakei fast begrüßt hat, ich bin nicht ganz sicher, über die Worte, aber ich habe verstanden, daß das gesagt worden ist. Wollen Sie das kommentieren?

Von Thadden: Ja. Herr Brandt hat tatsächlich gesagt, die NPD sei neben den Kommunisten die einzige Partei die den Einmarsch der Roten Armee in die Tschechoslowakei begrüßt habe. Und deswegen müsse man sich schämen, daß es diese Partei gäbe.

Jedoch, wir haben das nie begrüßt und er bezieht sich in einem Schreiben an einen Fragesteller auf einen Pressedienst vom 7. August, d.h. er sagt, wir hätten am 7. August den Einmarsch vom 21. August begrüßt. Das ist unrichtig, wir haben lediglich dafür gewarnt, ohne irgendwelche praktischen Möglichkeiten in der Hand zu haben, die Tschechen zu einem Verhalten zu ermahnen, das zu dieser Katastrophe nach unserer Meinung führen würde, führen mußte. Und wir haben schließlich darauf hingewiesen, daß es nicht möglich sei, mit den Sowjets Gespräche über eine politische Annäherung zu führen und zur gleichen Zeit den Versuch zu machen, die Tschechoslowakei aus dem Vorfeldkordon herauszubringen. Aber man geht weiter, man sagt heute nicht nur, wir hätten den Einmarsch der <sup>Russen</sup> ~~Tschechen~~ begrüßt, sondern man nimmt uns sogar jetzt schon als Popanz, um vor einer Invasion der Russen zu warnen. Gestern abend hat ein Kommentator im Fernsehen erklärt, jede Stimme, die der NPD gegeben würde, in einer Woche sind hier in Niedersachsen Kommunalwahlen, würde die Russen hereinholen. Nun, das ist eine besonders perfide Propaganda, denn man vergleicht die Bundesrepublik mit der Tschechoslowakei und das kann man nicht. Die Tschechoslowakei ist ein normaler Staat. Die Bundesrepublik ist kein normaler Staat, sondern Teil

eines Besatzungsgebietes, das 1944 vereinbart worden ist. Und seit dem Ende des Krieges ist es ein absolutes Gesetz, daß keine Besatzungsmacht in dem Gebiet der anderen Besatzungsmacht etwas zu suchen hat. Und die oberste Souveränität der Besatzungsmächte, aller vier, ist bis zur Stunde existent. Wenn sie auch nicht praktiziert wird, sie ist existent, und ein Einmarsch der Roten Armee in die Bundesrepublik wäre nicht der Einmarsch in einen ehemaligen Feindstaat, laut UN-Charta, Artikel 53 und 107, sondern wäre der Einzug der einen Besatzungsmacht in das Gebiet der anderen Besatzungsmächte und das würde Krieg bedeuten; auf der Stelle, würde das Krieg bedeuten, und deswegen ist es besonders perfide, wenn man hier versucht, Propaganda zu betreiben, indem man sagt, die NPD holt die Russen ins Land, weil die Russen besonders heftig über die NPD schimpfen. Das ist verständlich, daß sie das tun, denn wir sind es, die am entschiedensten die Auffassung vertreten, daß die Bekämpfung des Kommunismus primär heute eine innenpolitische Angelegenheit ist und wir gegenüber der kommunistischen Infiltration uns am entschiedensten zur Wehr setzen. Das ist die eine Seite, die andere Seite ist die Bildung von Macht, um die Sowjetunion davon abzuhalten, irgendwelche furchtbaren Dinge zu tun, ja. Aber schließlich benutzen die Russen natürlich die NPD nur als einen Propagandavorwand für eine Propaganda, die sich natürlich gegen die Bundesrepublik richtet und hier Angst und Schrecken aufrecht erhalten soll, um so den Auflösungsprozeß von innen her voranzutreiben, denn es ist natürlich verständlich, daß die sowjetischen Herren die Ausdehnung des Kommunismus nach Westeuropa möglichst ohne Krieg bewerkstelligen wollen, indem das Angriffsobjekt, sagen wir mal von innen her so aufgelöst wird, daß es am Ende zusammenfällt, ohne daß ein Schuß fällt.

Herr von Thadden, im nächsten Jahre werden die Bundestagswahlen stattfinden. Wäre es möglich, daß Sie einige Hoffnungen aussprechen bezüglich Ihrer Partei?

Von Thadden: Ich bin sehr stolz, daß alle meine Prognosen, die ich zu den letzten Landtagswahlen immer vorher gegenüber Fern-

ZS-795P-15

sehen und Radio gegeben habe, immer bestätigt worden sind, und ich hatte für Baden-Württemberg 10% vorausgesagt, die sind gekommen, die Bayernwahl hatte ich richtig vorausgesagt, alle Wahlen. Wegen der Gallup-Leute, auf die man sich verlassen kann, insoweit, was nun das nächste Jahr betrifft, sagen die Gallup-Leute 10% und ich würde sagen, im Augenblick 10%, es können mehr werden, aber das ist im Augenblick nicht zu übersehen, so daß man nach der heutigen Lage, so wie die Dinge jetzt sind, davon ausgehen kann, daß im nächsten Bundestag 50 nationaldemokratische Abgeordnete sind.

Herr von Thadden, ich möchte Ihnen danken für dieses Interview und daß Sie einem Geschichtsprofessor von Kanada Ihre wertvolle Zeit über eine Stunde zur Verfügung gestellt haben.

Von Thadden: Ich hab's gerne getan.

Dankeschön!